

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922**

22.5.1922 (No. 118)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Verantwortlich:  
Hauptredakteur  
E. M. e. n. d.  
Druck  
und Verlag:  
G. Braun'sche  
Hofbuch-  
druckerei, beide  
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 63 A — Einzelnummer 1.— A — Anzeigengebühr: 170 A für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifrecher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Amtlicher Teil.

#### Die Verwaltung der Bodenseedampfschiffahrt.

Die durch verschiedene badische Zeitungen ging in letzter Zeit die Nachricht, in der Frage der einheitlichen Verwaltung der Bodenseedampfschiffahrt stehe eine Entscheidung in dem Sinne bevor, daß Friedrichshafen Sitz der Oberleitung werden solle. Im Schlußprotokoll zu § 1 des Staatsvertrages über den Übergang der Staatsbahnen auf das Reich ist vereinbart, daß das Reich, falls es die Verwaltung der Bodenseedampfschiffahrt an einer Stelle vereinigt, vor der Bestimmung des Sitzes dieser Stelle den beteiligten Regierungen Gelegenheit zur Stellungnahme geben wird. Ein Baden ist das Reich im Sinne dieser Vertragsbestimmung noch nicht heranzutreten; es erübrigen sich deshalb auch alle in dieser Beziehung bis jetzt gezogenen Schlüsse. Die badische Regierung wird sich der Notwendigkeit nicht verschließen, wenn in der Verwaltung der Bodenseedampfschiffahrt Vereinfachungen vorgenommen werden; sie ist jedoch der Auffassung, daß solche Vereinfachungen auch ohne weitere Zentralisation möglich sind. Sie weiß sich in dieser Beziehung mit der auch in Baden vertretenen Ansicht einig, daß zur Hebung der Wirtschaftlichkeit im allgemeinen bei der Reichsbahn nicht weitere Zentralisation, sondern eher Dezentralisation nottut.

#### Die Lage des Arbeitsmarktes.

Die Arbeitsmarktlage hat sich im ganzen (von den Streiks abgesehen) günstig entwickelt. Gestützt sind in der Metall- und Maschinenindustrie insbesondere Metallbrüder und Arbeiter, Feinmechaniker, Eisenarbeiter und Gießereiarbeiter. Was die andern Berufsgruppen betrifft, so bestand allgemein lebhaft Nachfrage nach Kräften aller Art aus dem Holz- und Schnitzstoffgewerbe, namentlich nach Schneidern, ferner nach Schneidern im Bekleidungs-gewerbe und nach gelerntem Bauarbeitern. Für ungelernete Arbeiter bot sich etwas vermehrte Arbeits-gelegenheit, welche die Einstellung einer Anzahl bisher unter-schätzter Gewerbetätiger ermöglichte. An weiblichen Kräften wurden vornehmlich Textilar-beitinnen und gelerntes und ungelernetes Küchen- und Hauspersonal für Private und für Gasthäuser bzw. Hotels benötigt.

### Eine Rechnung.

Unter dieser Überschrift schreibt die „Grenzlands-Korre-spondenz“: Die Stadt Düsseldorf hat beim Reichsfinanzministerium die Rechnung für die Kosten eingereicht, die ihr durch die Besat-zung in der Zeit vom 8. März 1921 bis zum 31. März 1922 entstanden sind. Sie belaufen sich auf 66 477 500,72 Mark. Im einzelnen wurden vorausgabt:

für Unterbringung	17 710 183,71 M.
für festgestellte Schäden	7 982 133,50 M.
für Bauten usw.	28 706 804,74 M.
für sonstige Anforderungen	5 113 481,56 M.
für Gutachtergebühren	353 221,75 M.
für Verwaltungskosten	2 024 759,59 M.
für Vorschüsse auf Schäden	4 282 462,76 M.
für verschiedene Ausgaben	234 464,11 M.

Diese Summen sind vorausgabt worden, wie sich aus den angeführten Positionen ergibt, nur für Unterbringung, Besat-zungsschäden usw. Dazu kommen also die Hauptkosten für Verpflegung usw., welche zunächst von den in Frage kommen-den Ententestaaten vorgelegt werden. Im „sanktionierten“ Gebiete sind rund 10 000 Mann fran-zösische und belgische Truppen untergebracht. Die Garnisonen wurden in den letzten Wochen verstärkt. Zurzeit des Aufmar-sches für die Besetzung des Ruhrgebietes waren etwa 70 000 Mann in dem engen Raum zusammengezogen. Aus Zeitungsnachrichten geht hervor, daß auf den Kopf eines Soldaten der französischen Besatzungsarmee am Tage 6,2 Franken an Kosten entfallen, also 170—180 Mark. Die mili-tärischen „Sanktionen“ haben also bisher sicher mehr wie eine Milliarde Mark gekostet und kosten weiterhin täglich etwa 2 Millionen Mark. Für die bereits vorausgabte Milliarde hätte man in Nordfrankreich etwa 6000 Wohnungen bauen können. Die Franzosen halten es aber für zweckmäßiger, das Geld für militärische und imperialistische Zwecke zum Fenster hinauszuworfen und ihre obdachlosen Einwohner in Nord-frankreich weiterhin in Wellblechbaracken hausen zu lassen. Für die Aufrückhaltung der sogenannten „Sanktionen“ spricht auch nicht der Schein eines Rechtes. Die französischen Staatsmänner vermeiden es daher geflissentlich, den Versuch zu machen, diese Maßnahmen rechtlich zu begründen. Sie sind der Ansicht einer neuen Gewaltspolitik und nur unter diesem Gesichtspunkt zu verstehen. In der Öffentlichkeit spricht man hin und wieder von den besetzten drei Ruhrstädten, ohne sich anscheinend allzuviel dabei zu denken. Es handelt sich aber um ein Gebiet, welches mehr als eine Million Einwohner und eine gewaltige Industrie hat. In diesem Gebiet besteht seit mehr als einem Jahre der mili-tärische Besatzungszustand. Wie lange noch? über die Art, wie die Militärherrschaft im einzelnen verfährt, ist an dieser Stelle schon berichtet worden. Wir ergänzen diese Darstel-lungen noch in einigen Punkten: Vor kurzem hat die Besatzungsbehörde von der Stadtverwal-tung verlangt, daß sie die von den Soldaten in den Kasernen

besetzten Seegrasmatraken durch solche mit Wollfüllung er-setzen soll. Kostpunkt 15 Millionen Mark. Es sind in Düsseldorf 120 Automobile zu einem Park zusammengezogen worden. Die Stadt soll dafür eine Halle bauen. Kostpunkt 5½ Millionen Mark. Welchem Zwecke sollen diese Automobile übrigens dienen? Auch ein Stadion soll die Stadt für die Truppen bauen. Die Besatzungsgruppen zahlen für die Benutzung der Stra-ßenbahn 50 Pfg. Andere Leute 3—4 Mark. Dafür bekom-men die Soldaten Frankenslöhnung. Für Theaterplätze brau-chen nur 50 Prozent gezahlt zu werden. Einige Logen und andere Plätze stehen gratis zur Verfügung und zwar für Offi-ziere, welche ein höheres Einkommen haben, als deutsche Mi-nister. Im vorigen Jahre mußte das Parkhotel, das größte und feinste Hotel der Stadt, den Offizieren ein Mittagessen von fünf bis sechs Gängen für 15 Mark verabreichen. Die Stadt mußte 52 Mark für das Essen draufzahlen. Es kamen mehrere Tausend Essen in Frage. Es sind bis jetzt 51 Personen, abgesehen von 125 Prostituierten, aus Düsseldorf ausgewiesen worden. Nur in sechs Fällen ist es gelungen, die Ausweisung rückgängig zu machen. Auf dem Gebiete der Gerichtsbarkeit liegt die Sache genau so. Man verurteilt zu Gefängnis- und Geldstrafe, man verfügt Ausweisungen, man schließt Geschäfte und das alles ohne ordentliche Verfahren. Warum auch! Dafür hat man den Belagerungszustand.

Die Behörden arbeiten unter Vormundschaft. Die Stadt-verwaltung muß Berichte an vorgeordnete Behörden und Ver-fügungen an nachgeordnete Dienststellen zur Jenseit vorlegen. Einstellungen, Beförderungen und Beurlaubungen sind der Be-satzungsbehörde mitzuteilen. Von neu einzustellenden Beam-ten sind genaue Personalien, auch von der Ehefrau und den Kindern, einzureichen. Schwer wirken auch immer noch die wirtschaftlichen Schäden. Eine im Bau begriffene Siedlung der Beamten-Wohnungsbaugesellschaft, 42 Wohnungen) wurde beschlagnahmt und für Unteroffizierswohnungen bereitgestellt. Dasselbe geschah mit einer Anzahl von Arbeiterhäusern, die von der Stadt gebaut wurden. Die Requirierungen von Automobilen und anderen Dingen werden nach Bedarf vorgenommen. Viele Firmen wurden besonders schwer betroffen durch die Beschlagnahme von 3400 Quadratmeter moderner Büroräume. Sicherer fällt weiter die Kontrolle der Eisenbahntrans-porte, die Briefzensur und das Verbot der drahtlosen Tele-graphie, wodurch der Verkehr der Banken mit der Berliner Börse gestört wird.

In Düsseldorf herrschten früher immer noch einige fran-zösische Sympathien, welche aus der Franzosenzeit vor 120 Jah-ren herrührten. Damals waren mit den Franzosen gewisse, neuzeitliche Errungenschaften gekommen. In den alten Fa-milien und in vielen Wirtschaften hing das Bild Napoleons I. Diese Sympathien sind reiflos verschwunden. Man nimmt die Franzosen in den besetzten Gebieten als notwendiges Übel hin und hofft, sie später wieder loszuwerden. Im „sanktionierten“ Gebiet betrachtet man sie als lästige widerrechtliche Eindringlinge. Der preussische Militarismus war bei den Rheinländern nicht gerade beliebt. Der französische Militarismus, welcher zwecks Verhüllung seiner Gewalttätigkeiten ein demokratisches Mittelchen umgehängt hat, ist ihnen verhaßt. Wenn ein hoher General kommt, werden ganze Stadtviertel abgesperrt und der Verkehr lahmgelegt. Die deutschen Be-hörden müssen von dem Gelde ihrer Steuerträger blau-wei-rote Dekorationen anbringen. Nach einem alten Sprichwort kann man zur Liebe niemand zwingen. Die Franzosen ver-suchten mit Erfolg, die Nichtigkeit des Sprichworts zu beweisen. In Genua wurde soeben dem sogenannten Friedenspakt zugestimmt. Die Frage ist berechtigt: Was bedeuten die den Pakt unterzeichnenden Mächte zu tun, um den gegen eine wehloose, friedliebende Bevölkerung brutal und rechtswidrig geführten Krieg in dem „Sanktionsgebiet“ endlich zu beenden? Sprechen die hier mitgeteilten Zahlen und Schilderungen nicht jedem Versuch des Wiederaufbaus der Volkswirtschaft Hohn, wo im Rheinland nachweislich mit den Reparationssummen Schindluder getrieben wird?

### Politische Neuigkeiten.

#### Eine Kanzlerrede in Genua.

Am Schlußtage der Genueser Konferenz liegen der Reichs-kanzler Dr. Wirth und der Minister des Auswärtigen Dr. Rathenau eine Einladung an alle in Genua versammelten italieni-schen Journalisten entgegen. Im Laufe des Hauptquartiers der deutschen Delegation hielt Reichskanzler Dr. Wirth eine Be-grüßungsansprache an die italienischen Gäste. Ausgehend von den Dantefeiern, die in Deutschland kürzlich begangen worden waren, betonte er, daß man in Dante den Patrioten, Philo-sophen, Staatsmann und Dichter feierte, jenen Dichter, der die Welt nicht nur sah in den Grenzen nationalen Denkens, son-dern der der Welt unversehrt und große Ween gegeben habe. Auf Genua übergehend, sagte der Kanzler: „Die Universalität und das universelle Denken, das dem italienischen Volke seit alterher zu eigen ist, hat eine Stätte gebildet, auf der sich die Völker Europas getroffen haben. Ich glaube, es wird in den nächsten Wochen noch manches Wort über die Konferenz ge-sprochen werden. Ich möchte dem Urteile gerade der Journali-sten aller Länder — besonders Ihrem Urteile — nicht vor-greifen. Es sind noch nicht viele Jahre vergangen, daß Mil-lionen von Menschen unter den Schrecknissen des Krieges ge-storben sind. Und nun sehen wir die Nationen Europas an den Friedensstisch versammelt. Schon diese Tatsache ist so be-

deutlich, daß man sie immer wieder hervorheben muß, und das ist notwendig, weil die Menschen ein so kurzes Gedächtnis haben.

Die Konferenz blieb, wie alles Menschenwerk, nur Stückwerk, sie ist nur Torso — aber dieser Torso darf nicht etwa so be-handelt werden, wie man einen antiken Torso behandelt, den man nach seinem ästhetischen Werte schätzt und betrachtet. So darf die Konferenz nicht behandelt werden, wenn sie auch Torso geblieben ist. Der Torso von Genua ruft geradezu nach Er-gänzung und ich bin sicher, daß alle Völker, die an der Arbeit hier teilgenommen haben, sich Mühe geben werden, den Torso zu ergänzen, da die große werbende Idee für alle Völker auf der Welt deutlich sichtbar geworden ist. Man wird an mehre-ren Orten arbeiten, den Gedanken der Konferenz zu verwirk-lichen. In Haag werden sich die Sachverständigen fast aller Völker zusammenfinden. Wir müssen eines bedenken, daß sich in gewissem Sinne schon hier, was Eigentumsbegriff angeht, zwei verschiedene Welten getroffen haben. Auf italienischem Boden schlug man den ersten Bogen zwischen beiden Anschau-ungen: das ist schon eine große Tat! Das italienische Volk, besonders die italienische Presse erwies bei diesem Brücken-schlag der ganzen Welt einen großen Dienst, für den ihnen alle dank-bar sein müssen.

Ich glaube aber auch, daß das deutsche Volk, auch wenn es nicht mehr offiziell im Haag dabei ist, Europa wieder, wie hier, — denn wir spielten in manchen Dingen die Rolle des Ver-mittlers — gute Dienste leisten kann. Ich bin überzeugt, daß das Werk, Rußland wieder aufzubauen, wenn alle von gutem Willen besetzt sind, gelingen wird. Es wird gelingen, die Wöl-der des Westens und des Ostens einander kulturell wieder zu nähern, und ich glaube, daß wir Deutsche auf diesem Gebiete gut mit Italienern zusammen arbeiten können. Ich sehe zwischen Deutschland und Italien keine Differenz, die Anlaß geben könnte, daß wir nicht für Europa praktische Politik treiben könnten. Wir lernten so manchen von Ihnen hier kennen. Wir sprachen Leute aus dem Volke — vom einfachen Arbeiter bis zum gelehrten Professor — und ich sehe deutlich, es ist der Boden da, worauf Italien und Deutschland freundschaftlich miteinander viele, viele Jahre leben können. Wir werden des-halb in den nächsten Monaten und Jahren in Deutschland alles tun, um mit Italien nicht nur wirtschaftliche Beziehungen an-zuknüpfen und die bestehenden zu erweitern, sondern wir werden sehen, daß wir mit Ihnen gemeinsame große, wenn auch mitunter steinige Wege für ganz Europa gehen können. Es können schwere Tage für die europäische Politik kommen — und sie werden kommen, wenn man den Geist der Genueser Konferenz verläßt. Dies tritt dann ein, wenn man glaubt, mit Schwert oder Gewalt ökonomische Fragen lösen zu können. Die ökonomischen Fragen, und auch die deutsche Frage, lassen sich nicht mit Gewalt lösen, sondern nur durch Verständigung der dazu berufenen Geister aller Nationen, die wirtschaftlich denken können. Die Genueser Konferenz zeigt uns den Weg, den man gehen muß. Es wurde auf der Konferenz Manches nicht behandelt, was uns sehr am Herzen lag und Fragen, die sehr wichtig sind. Auf der Konferenz waren Fragen, über die man öffentlich vielleicht nicht gesprochen hat, vielleicht die wich-tigsten. Man hat sehr wohl darüber gesprochen und zwar von Mann zu Mann und zwar nicht nur anderen ins Ohr, sondern ins Angesicht. Diese Fragen sind nicht begraben. Sie lehren und sind mit großer Ehrlichkeit an das Firmament geschrieben. Gelöst können diese großen finanzpolitischen und wirtschaft-lichen Fragen nur werden, wenn man sich von Angesicht zu An-gesicht verständigt, und verständigen kann man sich nur, wenn man sich verständigen will.“ Die Ausführungen des Reichskanzlers wurden von den zahl-reichen italienischen Pressevertretern mit großem Beifall auf-genommen.

#### Die Abreise der Delegierten von Genua.

Aus Genua wird vom Sonntag gemeldet: Der Hauptteil der deutschen Delegation unter Führung des Reichskanzlers Dr. Wirth und des Reichsministers des Auswärtigen Dr. Rathenau hat gestern vormittag im Sonderzug die Heim-reise nach Berlin angetreten. Am Bahnhof hatten sich zur Verabschiedung eingefunden: Ministerpräsident Facta, Minister des Auswärtigen Schanzer und der Vertreter des Bürgermeisters von Genua sowie zahlreiche Mitglieder der deutschen Kolonie. Das Publikum bereicherte der deutschen Delegation freundliche Rundgebungen und rief: „Es lebe Deutschland!“ In Mailand wurden die Delegierten am Bahnhof von der deutschen Kolonie begrüßt werden. Die französische Delegation kehrt heute vor-mittag nach Paris zurück. Die Russen bleiben voraussichtlich noch ein oder zwei Tage hier. Lloyd George ist mit den Mitgliedern der englischen Dele-gation gestern vormittag von hier nach London gereist, ohne daß eine Begrüßung stattfand.

#### Eine Rede Asquith's.

Asquith hielt auf der Konferenz des nationalliberalen Bun-des in Blackpool eine Rede vor einer 8000 Köpfe zählenden Zuhörerschaft, in der er über die Koalitionsregierung und Lord Georges Genueser Konferenz sprach. Er sagte, es sei eine Tortur, daß der Zweck der Genueser Konferenz: die Wie-derherstellung des europäischen Wirtschaftslebens, des Handels zwischen den verschiedenen Ländern und die Schaffung von Be-ziehungen zwischen allen Ländern auf der Grundlage eines dauernden Friedens immer noch als erörterungsbedürftig verurteilt werden müsse, und dies mehr als drei Jahre nach dem Waffenstillstand. So viel geurteilt werden könne, sei in Genua nicht ein einziger dieser Zwecke erreicht worden. Ruß-land sei keineswegs das Grund- und Hauptproblem, mit dem

Mit einer Beilage: 50. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

sich die Staatsmänner Europas und der Welt befaßen müßten. Die Genuefer Konferenz sei ausdrücklich daran gebunden worden, das große Problem des europäischen Wiederaufbaues und die Frage der Reparation sowie der internationalen Schulden zu erörtern.

Über die durch die Genuefer Konferenz erzeugte Spannung in den englisch-französischen Beziehungen sprechend, erklärte Aquith, nichts sei grundlegender für die Zukunft Europas als die Aufrechterhaltung einer wahrhaft herzlichen Freundschaft zwischen Großbritannien und Frankreich. Eine solche Freundschaft brauche keineswegs die Identifizierung der Politik und der Methoden in jedem internationalen Problem zu bedeuten. Er würde beispielsweise zu den französischen Freunden ganz offen sagen, daß die Engländer die Teilnahme Großbritanniens an irgendwelchen Zwangsmassnahmen zur Erzwingung unmöglicher Zahlungen nicht unterstützen könnten und nicht unterstützen würden. Die Wiederherstellung der englisch-französischen Beziehungen hänge ab von der unzüglichen Regelung der Reparations- und Entschädigungsfrage. Wenn man ihn (Aquith) fragte, was er tun würde, so würde er antworten, daß die gesamten deutschen Papiersschulden auf die materiellen Schäden, die tatsächlich durch den Krieg verursacht worden sind, herabgesetzt werden sollten. Dann würde er versuchen, mittels des Völkerbundes den Zahlungsmodus und die Zahlungsbedingungen festzustellen, die Deutschland durchführen könne, ohne seinen eigenen Handel oder den Handel des übrigen Teiles der Welt zu zerstören, und die Deutschland infand-heim könnte, eine internationale Anleihe zu erhalten. Außerdem würde er zugunsten Frankreichs und Belgiens auf die englischen Reparationen und Aufsprüche verzichten, und die französisch-belgischen Schulden an England freisetzen. Aquith sagte, so würde bald die Politik Englands sein.

### Reichsfinanzminister Hermes in Paris.

Zu den Veröffentlichungen der französischen Presse über das bisherige Ergebnis der Verhandlungen des Reichsfinanzministers Dr. Hermes mit den Mitgliedern der Reparationskommission hören die Blätter, daß sich sämtliche Mitglieder der Reparationskommission gegenseitig strengstes Schweigen zugesichert haben und daß also alle Mitteilungen der französischen Presse auf Kombinationen beruhen. Der Reichsfinanzminister hat sich übrigens vor seiner Abreise gegenüber den Parteiführern verpflichtet, auch nicht die geringste Bindung in Paris einzugehen, ohne vorher die verfassungsmäßigen Instanzen des Deutschen Reiches zu befragen.

Der „Petit Parisien“ stellt fest, daß die Verhandlungen, die Reichsfinanzminister Dr. Hermes augenblicklich mit Mitgliedern der Reparationskommission führt, niemals aufgehört hätten, private Unterhaltungen zu sein und daß infolgedessen seine Vorschläge niemals einen offiziellen Charakter getragen hätten. Diese Verhandlungen hätten niemals dazu führen können, daß die Reparationskommission sie in einer offiziellen Sitzung prüfte. Durch diese offenbar offizielle Feststellung wird eine gegenseitige, vom „Journal des Debats“ verbreitete Meldung über eine offizielle Sitzung der Reparationskommission im Beisein von Reichsfinanzminister Dr. Hermes widerlegt.

### Ein Stapellauf in Wilhelmshaven.

Aus Wilhelmshaven wird vom 20. berichtet: Heute vormittag traf der Reichspräsident in Begleitung des Reichswehrministers Geyser, des Chefs der Marineleitung Admiral Behne und des Ministerialdirektors Weizner hier ein, um eine Besichtigung der neuen Reichsmarine vorzunehmen. Der Reichspräsident wurde durch ein Minensuchboot zu dem wieder in den Dienst gestellten Linienschiff „Braunschweig“ gebracht und unternahm auf der „Braunschweig“ eine Fahrt in die Kademündung. Auf der „Braunschweig“ erstatete der Chef der Marineleitung der Nordsee, Vizeadmiral Benker, Meldung. Als der Reichspräsident die „Braunschweig“ verlassen hatte und sich wieder auf dem Minensuchboot nach dem Hafen zurückbegab, feuerte die „Braunschweig“ einen Ehrensalut ab. Gleichzeitig bestrahlte unter der Führung von Stines der preussische Ministerpräsident Braun und Oberpräsident Roske die Hafens- und Werftanlagen von Wilhelmshaven.

Während fand im Beisein des Reichspräsidenten auf der Marinewerft der Stapellauf des Dampfers „Karl Legien“ statt, der für die A. A. Dugo Stines gebaut worden war. Geh. Rat Bücher vom Reichsverband der Deutschen Industrie hielt die Taufrede, in der er darauf hinwies, daß der Name des Schiffes eine Erinnerung an die große Not Deutschlands sei, sowie ein Beispiel dafür, daß, als das deutsche Volk führerlos und in Verzweiflung vor Abgrund und Chaos stand, sich die Vertreter der Gewerkschaften und der Industrie für den Gedanken einsetzten, daß nur eine Arbeitsgemeinschaft aller werktätigen Kräfte das deutsche Volk vor dem drohenden Untergang bewahren könne. Geheimrat Bücher feierte die Persönlichkeit Regiens, in dem er darauf hinwies, daß Regien, obwohl in der Masse wurzelnd wie selten einer, es trotzdem verstanden habe, die deutsche Arbeiterbewegung nach eigenem Willen zu formen. Die freien Gewerkschaften in Deutschland verdanken ihre von aller Welt anerkannte straffe Organisation und ihren mächtigen Aufbau in erster Linie Regien. Weil Regien der Organisator der Gewerkschaften, und dank seiner zahlreichen internationalen Beziehungen besser als irgend ein anderer wußte,

daß die deutsche Arbeiterkraft in ihrem persönlichen Lese untrennbar mit dem Los des gesamten deutschen Volkes verbunden wäre, unterzeichnete er den Rast der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer begründete. Schließlich führte Bücher aus, das neue Schiff „Karl Legien“ solle allezeit ein Symbol dessen sein, daß in Deutschland die Arbeitgeber und Arbeitnehmer trotz aller Kämpfe gewillt seien, dem Wiederaufbau der Volkswirtschaft zu dienen. Nach der Taufrede wurde das Schiff den Anlen übergeben.

Anschließend daran fand ein Festakt statt, bei dem Stines eine Rede hielt, in der er u. a. sagte: Beim Stapellauf des Dampfers „Karl Legien“ huldigen wir dem Gedanken der Arbeitsgemeinschaft der deutschen werktätigen Bevölkerung, das heißt dem Gedanken, daß in Zeiten der Not und Gefahr die häuslichen Meinungsverschiedenheiten zurückzutreten haben vor der Notwendigkeit, erst einmal den Bau des Staatshauses vom Fundament bis zum Dach zu sichern. Im Herbst 1918, als der Krieg einen unglücklichen Ausgang nahm, das staatliche Gebäude bis in die Grundfesten erzitterte, und Deutschland in ein Chaos zu stürzen drohte, wurde Karl Legien einer der Lebensretter Deutschlands. Er gab den Ausschlag, daß eine Zentralarbeitsgemeinschaft paritätisch durchgeführt werden konnte, und erklärte, daß die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer die Demobilisierung selbst in die Hand nehmen würden, wenn nicht wenigstens die schimmigen parlamentaristischen Hindernisse vor der gemeinsamen Lebensgefahr zurücktraten. Das war eine Großtat weiser Selbstbeschränkung im Dienste des Vaterlandes. Damals drohte die Gefahr eines völligen Chaos, die Gefahr, daß das dichtbevölkerte Deutschland in dieselben bolschewistischen Zustände geriet wie Rußland. Zustände, die einen noch ungleich entsetzlicheren Ausgang hätten nehmen müssen, als im Agrarland Rußland. Regien verdanken wir mit an erster Stelle, daß wir heute zwar ein verfallenes, niedergeworrenes, aber doch noch in seinen Hauptteilen zusammenhängendes Reich und Volk bilden. Wir stehen heute wieder vor einer schweren Zeit. Möge diese Zeit wieder Männer wie Regien finden, denen der Wille zur Tat nicht fehlt und denen bei ihren Handlungen das Wohl des ganzen Volkes ausschlaggebend ist. Ich bitte, dem Andenken Regiens das erste Glas zu weihen!

Reichspräsident Ebert antwortete u. a.: Ich habe den Entschluß, dieses Schiff „Karl Legien“ zu taufen, lebhaft begrüßt. Regien war einer der bedeutendsten deutschen Arbeiterführer. Dabei hat er niemals den Zusammenhang der Arbeiterbewegung mit dem Leben der gesamten Nation aus den Augen verloren. An Pflichttreue gegen das Vaterland hat er sich von niemandem übertreffen lassen. Mit Jähigkeit war er stets bemüht, in der Arbeiterkraft den Gedanken zu verankern, daß die Gewerkschaften neben ihren sozialen Aufgaben auch kulturelle Wirtschafts- und staatspolitische Pflichten zu erfüllen haben. Allerdings galt ihm die Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter und ihrer Organisation dabei als erstes Prinzip. In der Vertretung der Arbeiterinteressen auf dem Verhandlungsweg zwischen Arbeiter- und Arbeitgeberorganisation sah er dabei den ersten Schritt zu diesem Ziel. Deshalb war er ein eifriger Verfechter der Tarifgemeinschaften. Von dieser Fühler hat die Entwicklung geradezu zur Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen und dafür hat er in schwerster Zeit seine ganze Kraft eingesetzt. Die Erhaltung unseres Wirtschaftslebens war ihm dabei die wichtigste Aufgabe. In den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sah er die Träger unserer Volkswirtschaft. Die Zusammenfassung dieser Organisationen zur Rettung unseres Wirtschaftslebens war für ihn unerlässlich. Und wenn 1918 diese Arbeitsgemeinschaft vom Rat der Volksbeauftragten in amtlicher Form publiziert werden konnte, so gebührt Regien das Hauptverdienst daran. Der Wiederaufbau unseres Vaterlandes ist in der Hauptsache wirtschaftlicher Natur. Schon deshalb mußte den schaffenden Kräften größerer Einfluß auf unser staatliches Leben eingeräumt werden. Mit Recht wurde in der Reichsverfassung zum Ausdruck gebracht, daß Arbeiter und Unternehmer gleichberechtigt in Gemeinschaft berufen sind, an unserer gesamten wirtschaftlichen Entwicklung mitzuarbeiten, ein Grundbedeute, der in der Schaffung des Reichswirtschaftsrates seine Auswirkung gefunden hat. Es unterliegt keinem Zweifel, daß sich die Arbeitsgemeinschaft der Organisationen der Unternehmer und Arbeiter in unserem wirtschaftlichen und staatlichen Leben bewährt. Diese Arbeitsgemeinschaft zu pflegen und zu festigen, muß unsere gemeinsame Aufgabe sein. So begrüße ich namens des Reiches „Karl Legien“, das jüngste Schiff unserer wiedererstehenden Handelsflotte. Möge es seinen Namen tragen als Symbol der Zusammenfassung aller schaffenden Kräfte unseres Wirtschaftslebens zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes, als Symbol unerfütterlicher Pflichttreue und Schaffensfreude im Dienste der Volksgemeinschaft.

Für die Zentralarbeitsgemeinschaft sprach Reichstagsabgeordneter Wiener, der ebenfalls das Lebenswerk Regiens würdigte und für Zusammenarbeit der Arbeitnehmer und Arbeitgeber eintrat.

Der Reichspräsident verließ nachmittags Wilhelmshaven und begab sich nach Oldenburg zu einer Besprechung mit der dortigen Regierung. Abends kehrte der Reichspräsident wieder nach Berlin zurück.

### Die Ernährungslage Deutschlands.

Im Reichstag wurde am Samstag der Gesetzentwurf über die Autonomie der Reichsbank nach dem Ausschlußbeschluss ohne Erörterung in zweiter und dritter Lesung angenommen und der Gesetzentwurf über Mieterhöhung und Mieteinigungsämter ohne Debatte an den Wohnungsausschuss überwiesen. Sodann wurde die Beratung des Haushalts des Ministeriums für Landwirtschaft und Ernährung eröffnet.

Reichs Ernährungsminister Fehr führte dazu aus: Die Schwierigkeiten des Ernährungswesens kommen nach zwei Richtungen hin zum Ausdruck, in der Versorgung und in der Preisgestaltung. Ernährungsnotwendigkeiten und Not der Landwirtschaft haben innigen Zusammenhang, weil die Ernährungsnotwendigkeiten zunächst in den Notizen der Landwirtschaft begründet sind. Mein Amtsvorgänger hat die Mittel zur Lösung der Versorgungsfrage auf dem einzig möglichen Weg der Förderung der Produktion gesucht. Seine Maßnahmen zur Aufhebung der Zwangswirtschaft fast aller wichtigen Lebensmittel waren von dem Gedanken getragen, den Schaffensdrang des Einzelnen zu wecken, konnten aber natürlich nicht in kürzester Zeit Erfolge zeitigen. Dennoch sind schon im laufenden Wirtschaftsjahr erhebliche Fortschritte in der Steigerung der Produktion zu verzeichnen. Die gesamte landwirtschaftlich benutzte Fläche hat eine Zunahme erfahren. Dazu kommt eine gesteigerte Verwendung künstlicher Düngemittel. Die deutsche Landwirtschaft wird, wenn es gelingt, die ganze Produktionskraft zu entfalten, in absehbarer Zeit in der Lage sein, unseren Lebensbedarf in den wichtigsten Nahrungsmitteln zu decken. Selbstverständlich ist die Deckung des Bedarfs aus dem eigenen deutschen Boden nicht von heute auf morgen zu erwarten, muß vielmehr das Erdbeil eines langen und anstrengenden Weges vorstellend. Die deutsche Bevölkerungsdichte ist von 120 Einwohnern pro Quadratkilometer auf 181 gestiegen. Dabei sind die vielen valdastarken Fremdlinge, die sich behäbig an unserm Tische breit machen, gar nicht in Berücksichtigung gezogen. Darum wird das deutsche Volk vorerst auf der eigenen Produktion auch bei starker Einschränkung noch nicht leben können und die Einfuhr von Lebens- und Futtermitteln ist daher für uns eine Notwendigkeit.

Der Abbau der Einfuhrverbote ist planmäßig fortgesetzt worden. Schwierigkeiten zeigen sich dabei erst, als infolge des überraschenden und katastrophalen Rückganges der Markt die Preise stark anziehen. Es wird auch fernerhin das Bestreben obwalten, durch Abbau der Einfuhrverbote Erleichterungen in unserer Ernährungslage herbeizuführen. Die Kosten der Ernährung sind vom 1. Februar im Monat April 1920 bis heute auf das 43fache gegenüber dem Frieden gestiegen. Die Hauptursache der Teuerung liegt in dem starken Bedarf an ausländischen Nahrungsmitteln. Jedoch muß bemerkt werden, daß eine nicht geringe Zahl Einzelner aus den Kreisen der Erzeuger sowohl als auch des Handels die allgemeine Notlage des Volkes und die Knappheit der Lebensmittel zur Befriedigung ihrer Geldgier ausnutzen, damit die Teuerung verschärft und die öffentliche Meinung ganz allgemein zu Unrecht gegen die Erzeugerwirtschaft und den Handel aufbringen.

Die überaus großen technischen Schwierigkeiten, die sich aus der Zwangswirtschaft für die Kartoffeln — und wenn es sich auch nur um eine Umlage handelt — ergeben würden, widersprechen der Wiedereinführung einer derartigen Maßnahme. Vorsorglich wird schon jetzt verhandelt, die Befriedigung der Hauptverbrauchsgebiete auf dem Wege von Lieferungsverträgen zu sichern. Eine scharfe Konfessionierung des Marktes ist ins Auge gefaßt worden.

Die Getreidemenge von 2,5 Millionen Tonnen ist bis auf geringe Rückstände erfüllt. Die Landwirtschaft hat mit dieser Leistung auch dann ein unstrittiges Nieasofer gebracht, wenn man die mit der Erfüllung der Umlage vielfach errechnete Geldeinbuße nicht anerkennt. Die Verhandlungen über die künftige Gestaltung der Brotversorgung stehen unmittelbar vor dem Abschluß. Die Reichsgetreidestelle hat die Bedarfsmengen bis zum 31. August in der Hand und ist daran, die Sicherung bis zum 31. Oktober durchzuführen. Der nötige Zulauß von ausländischem Getreide macht uns in der Preisbildung vom Stande des Dollarkurses abhängig. Die Maßnahme, die gegen diese Beeinflussung des Preises durch Verbilligung des Brotes, mit Reichsmitteln getroffen war, muß künftig fallen, so daß es im kommenden Wirtschaftsjahr leider nicht möglich sein wird, die bisherigen Brotpreise zu halten. Der mit bestimmter Absicht in die Öffentlichkeit getragenen Unrichtigkeit, die öffentliche Wirtschaftslage, insbesondere die Längigkeit der Reichsgetreidestelle, trage die Hauptlast an der Höhe des Brotpreises, muß entgegengetreten werden. Auf das Pfund Brot berechnet betragen die Aufkosten der Reichsgetreidestelle nur 1/4 Pfennig.

Ein recht unerfreuliches Bild zeigt sich gegenwärtig in der Zuckerverorgung. Gegenüber der häufig vertretenen Auffassung, daß Zucker ausgeführt sei, ist festzustellen, daß weder Zucker, noch aus Inlandsgüter hergestellte Zuckerverfahren oder Schokolade ausgeführt wurde. Die derzeitigen Zustände beanspruchen die größte Aufmerksamkeit der Regierung.

Die Verhältnisse auf dem Gebiete der Fleischversorgung konnten bis in den Spätherbst des vergangenen Jahres als

### „Bühne und Welt“.

\* Brächtester Frühlingssonnenschein, wie er von bekannter, in Wetterangelegenheiten maßgebender Seite zugefaßt war, gab dem Fest der Kunstlergesellschaft zugunsten der Altspensäre unseres Landestheaters den unerlässlichen Feiertagsglanz. Von Licht und Wärme mächtig angelockt, hatte die Pflanzenwelt des Stadtparkes ihr schmuckstes Maiengewand angelegt, so daß die Veranstaltung einen äußeren Rahmen erhielt, wie er schöner kaum gedacht werden konnte. So waren auch die letzten Vorbereitungen für ein volles Gelingen des Festes auch in seinem ersten Teil geschaffen, Vorbedingungen, die im Verein mit den auf das Programm gesetzten Darbietungen und dem wohlthätigen Zweck der Veranstaltung eigentlich geeignet waren, eine Teilnehmermasse von vielen Tausenden herbeizuladen. So did ist es allerdings nicht gekommen. Man sah das ganze Theatervolk vom Intendanten bis zur jüngsten Ballettebin; man sah alles, was ein näheres persönliches und berufliches Verhältnis zum Theater hat, ein Häuflein von Freunden und Gönnern der Kunst, Presseleuten usw.; — was man nicht sah, das waren viele von denen, die sonst bei jedem Rummel dabei sind, ohne Rücksicht auf die jeweiligen Kosten; die so gerne ihre Kunstleidenschaft zu betonen pflegen, wenn es sich um ein Brillantfeuerwerk handelt, oder um die Zurkaufstellung eines dringenderen Wunderknaben — selbst wenn er zufällig etwas kann! Wir meinen selbstverständlich nicht diejenigen, die aus beruflichen oder sonstigen wichtigen Gründen sich das Vergnügen eines nachmittägigen Stadtparkbesuchs nicht leisten können u. die darum vielleicht statt nachmittags erst am Abend kommen oder anderweitig ihr Scherlein für die Altspensäre beigefeuert haben.) Nief also der schwache Besuch des Konzertes eine gewisse Enttäuschung hervor, so gestalteten sich die künstlerischen Darbietungen, wie man sie in solcher Vollendung nicht alle Tage im Freien zu hören und zu sehen bekommt, nicht desto weniger zum hohen Genuße. Unser ausgezeichnetes

Theaterorchester, abwechselnd dirigiert von Operndirektor Cortolejs und Kapellmeister Lorenz, spielte mit gewohnter Klangschönheit und Präzision Ouvertüren, Märsche, Walzer und anderes, der Singchor der Oper brachte unter der Leitung von Georg Hofmann stimmungsvolle Vorträge. Dazwischen tanzte das Balletkorps ein von Janny Bourgeau zusammengestelltes reizvolles Mai-Idyll unter der musikalischen Leitung von Kapellmeister Schweppe mit Anmut und technischer Präzision. Ohren- und Augenweide genug für einige schöne Nachmittagsstunden, denen jedoch noch mancherlei folgen sollte.

So zunächst — im kleinen Festhallsaal — der unter Mitwirkung bekannter und beliebter Bühnenmitglieder abgehaltene Modeteat, der ferner ganzen Aufmerksamkeit nach als eine Besonderheit im Rahmen dieser Art von Veranstaltungen gewertet zu werden verdient und auf den wir morgen noch gewisshalber zu sprechen kommen werden. Und dann: als Haupt- und Kernpunkt des Ganzen: die abendlichen Darbietungen im großen Saal der Festhalle, der von Meister Burkhard mit einfachen, aber wirksamen Mitteln stimmungsvoll hergerichtet worden war. Sie begannen mit einem neuen, von den Herren Cortolejs und Lorenz dirigierten Promenadenkonzert des Theaterorchesters unter Mitwirkung unseres ausgezeichneten Soubretten Billy Zillen, der Walters Preislieder aus den „Meisterfingern“ hier nicht minder schön und ausdrucksvoll sang wie in der Oper. Während dann der Fall unter der bewährten Leitung von Richard Allegri einsetzte — eine Blumenpolonaise bildete den Auftakt —, gab es oben, im kleinen Saal, eine ganz besondere Attraktion: die Eröffnung- und Gala-Vorstellung des Theaterdirigenten Emanuel Strieff mit seiner gesamten Truppe. Die Leistungen dieses berühmten Ensembles bedürfen keiner Begründung mehr. Wenn wir sagen, daß Paul Müller Strieff war, daß Madame Strieff-Piz als jugendliche Liebhaberin und naive Heldin u. a. den großen

Monolog aus Gretchen's Iphigenia von Orleans vortrug, und daß das wadere Direktorspaar zusammen mit Fritz Herz u. Robert Bürkner den Wilhelm Tell in der Fassung ausführte, wie sie Schiller seinem Werk gegeben haben würde, wenn er, wie Strieff behauptete, vorher den Rat eines erfahrenen Fachmanns gehört hätte, so ist jeder Kunstverständige sofort im Bilde. Der stürmische Beifall des andächtigen Publikums bewies, daß die Künstlergilde, die durch eine ausgezeichnete, namentlich im kunstreichen polyphonen Spiel geradezu unerreicht dastehende Kapelle aufs wirksamste unterstützt wurde, ihrem Ruhmeskranz mit dieser Aufführung ein neues unverwundliches Blatt eingefügt hat.

Die übrigen künstlerischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nebenbetriebe im einzelnen zu schildern, würde zu weit führen. Wir wollen darum des sechsten ausgefallenen orientalischen Kaffees, des renovierten und künstlerisch ausgestatteten Münchener Kindl-Bräus und der Konjunktur- und Gesangsbeiträge, die hier der Besucher warteten, nur kurz Erwähnung tun. Auch über das Kabarett in der Bar sei nur soviel bemerkt, daß die Mitwirkenden, vor allem die Herren Eudlein, Blum und Würtner, die Gäste aufs gediegenste zu unterhalten wußten. Alle diejenigen nennen zu wollen, die durch Darbietungen irgendwelcher Art, durch Verkauf an den Büffets oder durch fliegenden Blumens, Karten- und sonstigen Handel das Ganze in billigerer Weise förderten, hieße fast das gesamte Theaterpersonal namentlich aufzählen. Drei Namen jedoch müssen hier noch erwähnt werden: es sind die von Frau Piz und der Herren Klebe und Blum, die sich um die Organisation und das Arrangement des Festes ganz besonders verdient gemacht haben.

Zurückschauend, darf die Künstlergilde sich mit Genugtuung sagen, mit ihrer Wohltätigkeitsveranstaltung ein Fest aufzuhaben gebracht zu haben, wie es in Karlsruhe in gleicher Reichhaltigkeit und künstlerischer Gediegenheit in den letzten fünfzehn Jahren nicht erlebt wurde.

...bedeutend bezeichnet werden, aber die Versteigerung des deutschen Geldwertes machte die Zufuhr aus dem Ausland sehr und mehr unmöglich. Die starke Preissteigerung wird erst dann gebessert werden, wenn vom Sommer ab die Weidenmaße wieder mit ihren Lieferungen einsehen. Auf dem Gebiete der Milchversorgung hat der gänzliche Mangel an Futtermitteln während des Krieges und die unglückliche Preispolitik, die in der Zwangswirtschaft getrieben werden mußte, die Abmelkwirtschaften, auf die sich die Versorgung der größten Städte stützte, zerstört. Im laufenden Wirtschaftsjahr sind 400 Millionen Mark zur Milchverbilligung bereit gestellt worden. Diese Hilfe weiter zu gewähren, verbietet unsere finanzielle Lage. Geringere Ziele dienen der hochherzigen Aktion der Kinderfütterung durch die amerikanische Kinderhilfsmission der Quäker durch unentgeltliche Vergabe von Mehl und Zucker weiter unterstützt werden.

Die Einführung der freien Wirtschaft auf fast allen Gebieten ermöglichte es, der Förderung des Abbaues der Kriegsorganisationsrechnung zu tragen. Dem Ministerium unterstanden bei seiner Errichtung insgesamt 88 Kriegsorganisationsstellen, jetzt nur noch 13. Von den übrigen 25 Organisationen sind 15 völlig aufgelöst und 7 als reine Abwicklungsstellen an das Reichsamt abgegeben worden. Die bei dem Ministerium noch verbleibenden 13 Organisationen befinden sich gleichfalls in der Auflösung oder Liquidation. Über den 1. Juni 1922 hinaus wird lediglich die Reichsgetreidestelle und die Überwachungsstelle für Ammoniakdünger und phosphoräurehaltige Düngemittel verbleiben.

Mit besonderem Nachdruck wird das Ministerium dem Diffschwert der deutschen Landwirtschaft, dieser vorerst geistigen Mission, Aufmerksamkeit und Unterstützung leihen. Die gesteigerte Versorgung der Landwirtschaft mit künstlichen Düngemitteln war eine Hauptaufgabe des Reichslandwirtschaftsministeriums. 1921 ist es möglich gewesen, für die Landwirtschaft annähernd die doppelte Menge Phosphorsäure bereit zu stellen als im Jahre vorher, und bezogen auf die heutige Fläche des Deutschen Reiches annähernd die Hälfte der Mengen der letzten Jahre für die Ernte 1922, jährlich etwa 1/3, der vor dem Krieg verbrauchten Phosphorsäuremengen erhalten. Kali wird wie bisher in ausreichenden Mengen zur Verfügung stehen. Der Minister streift dann die Frage der Kunstfärbepropaganda, der Verluste über Pflanzengizuchtungen und Schädlingsbekämpfung, Bericht von der Gründung zweier landwirtschaftlicher Forschungsinstitute neben dem Prüfungsamt für landwirtschaftliche Maschinen an der Universität Halle und fährt fort:

Gemäß dem Beschlusse der Nationalversammlung ist beim Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ein Ausschuss für Moorkultur und Siedlungsfragen geschaffen worden. Zurzeit wird im Einvernehmen mit den beteiligten Ländern eine umfassende Statistik zwecks einwandfreier Feststellung der im Reichsgebiet vorhandenen Moor- und Heideflächen vorbereitet. Die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs über eine vorläufige Reichslandwirtschaftskammer ist vollendet und liegt dem Reichskabinett vor. Es ist gelungen, die Verluste der Viehwirtschaft an Fahrzeugen während des Krieges auszugleichen, leider ist aber die Kohlenzufuhr völlig unzureichend gewesen, so daß die volle Ausnutzung nicht möglich war. Die Frage des Fortbestandes des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, die jetzt schon im Hinblick auf die noch bestehende und im kommenden Jahre weiter zu führende Bewirtschaftung der Brotverforgung gar nicht aufgeworfen werden sollte, wird sich aus der Unentschiedenheit des Reichsministeriums selbst beantworten. Sie sollte aber auch im Interesse der Autorität des Ministeriums der Öffentlichkeit gegenüber, im Interesse der Erhaltung der Arbeitsfreude des Beamtenkörpers und der Gewinnung tüchtiger Arbeitskräfte gar nicht gestellt werden. Tüchtige Arbeitskräfte aber sind nötig, wenn es gelingen soll, die Verbraucher und Erzeuger zur gegenseitigen Achtung und Achtung zu bewegen, zu gemeinsamer Arbeit zu vereinen, wenn die Klüft zwischen Stadt und Land zum Gebahren des Volksganges und des Staates überbrückt werden soll.

Nach dem Reichsernährungsminister sprachen die Abg. Thomßen (Dr.), Schmidt (Soz.), Blum (B.), Dr. Oetz (U. S.), Döberl (Dsch. Sp.), Kühne (Dem.), Dienreiter (B. Sp.) und Heydemann (K.). Weiterberatung heute.

## Kurze polit. Nachrichten.

• Gegen den Versailler Vertrag. Bei der gestrigen Debatte der zweiten schwedischen Kammer über die Ratifikation der Bestimmungen der Völkerbundsatze äußerte der konservative Reichstag, die schönsten Grundzüge des Völkerbundes seien unüberwindlich, solange der Versailler Vertrag bestehe. Der Völkerbund habe Schweden bitter enttäuscht. Er war zu schwach gewesen, um den Schicksal gegen die Frauen der weißen Rasse zu verhindern. Auch die Redner der anderen Parteien sprachen sich gegen den Versailler Vertrag aus und forderten die Aufnahme Deutschlands und Rußlands in den Völkerbund.

## Badische Uebersicht.

### Badischer Landtag.

#### Titelfragen bei den Beamten.

Am Freitag verhandelte der Haushaltsausschuss über die folgende Angelegenheit: Der Verein höherer Beamten ist an die Regierung herangetreten mit dem Ersuchen, den Titel: Oberamtmann abzuändern in Landrat, den Titel: Amtmann in Regierungsrat. Einige Stadtverwaltungen haben den Titel Amtmann auch städtischen Beamten verliehen. Der Haushaltsausschuss nahm mit 11 Stimmen gegen 3 Stimmenthaltungen einen Antrag an, daß die Gemeindeverwaltungen und sonstige öffentliche Körperschaften Titel, welche den Staatsbeamten zukommen, nur mit Genehmigung des zuständigen Ministeriums verliehen dürfen. Die Bestimmung habe, wie die neue Befolgsordnung, ab 1. April 1920 zu gelten. Die Regierung wird ersucht, mit anderen süddeutschen Regierungen in Verbindung zu treten.

Der Minister des Innern erklärte sich damit einverstanden; dem Vorschlage der oberen Beamten könne er nicht beitreten. Mitglieder des Haushaltsausschusses bemerkten noch, mit dem Titel: Landrat anstelle des Oberamtmanns finde sich die badische Bevölkerung nicht ab; er müsse bei diesem alten eingetragenen Titel verbleiben. Nur dann könnten andere Titel in Frage kommen, wenn es sich um Schädigung des Einkommens der betreffenden Beamten handle.

Der Ausschuss für Gesuche und Beschwerden legte am 19. Mai. Eine lebhafte Debatte rief die Eingabe der Handwerkskammer Freiburg hervor, betreffend den Übergang der Lehrbetriebe für Innunfrierarbeiten (G. n. b. S.) an die deutschen orthopädischen Werke.

Die Eingabe beschwert sich darüber, daß diese Lehrbetriebe, welche die Prototypen an Kriegsbefähigte anfertigen, gegenüber der Privatindustrie bevorzugt und das badische Handwerk nach dieser Richtung erdrückt würde.

Der Berichterstatter gab eine historische Entwicklung dieser Lehrbetriebe, die im Kriege entstanden sind und ihr Gutes geleistet haben. Bei ihrer Liquidation seien sie an die deutschen Werke verkauft worden, ohne daß man den übrigen Geschäften dazu Gelegenheit gegeben habe, sich zu beteiligen. Die einseitige Bevorzugung und Unterstützung durch das Reich bedinge nachteilige Folgen für das Privatgewerbe, obwohl den Kriegsteilnehmern die Auswahl der Lieferanten freistehende. Gegenüber dieser großen kapitalistischen Gesellschaft müsse man das dem Mittelstand angehörige Handwerk stützen, zumal es sich gegenüber den deutschen orthopädischen Werken als konkurrenzfähig und leistungsfähig erweise.

Der Berichterstatter kommt zu dem Antrag, daß die Eingabe in dem Sinne empfehlend zu überweisen ist, als die Privatbetriebe mit den deutschen Werken tatsächlich gleichgestellt werden sollen und ein allmählicher planmäßiger Abbau der deutschen Werke erfolgt.

Die Äußerungen der Regierung sowie des Reichsarbeitsministeriums gehen dahin, daß bei dem Verkauf der Lehrbetriebe beziehungsweise Liquidation derselben nur ein Angebot von den deutschen Werken, nicht aber von den Privathandwerkern vorläge. Bei Verteilung von Aufträgen werde auch die Privatindustrie berücksichtigt, wie es auch den Kriegsbefähigten freistünde, wo sie ihren Bedarf decken wollten. Die deutschen orthopädischen Werke fertigen unter Anleitung der Ärzte die Prototypen zweckmäßiger an und seien zur Sicherstellung der Bedürfnisfrage und der Beschäftigung von Kriegsteilnehmern notwendig.

Ein sozialdem. Redner bemerkte, daß eine zweckmäßigere Anfertigung von Prototypen gewährleistet sei und durch Abbau gerade Kriegsbefähigte arbeitslos werden, die anderweitig schwer unterzubringen seien. Er stellt den Gegenantrag: Übergang zur Tagesordnung. Einige Zentrumredner, sowie ein Demokrat traten der Ansicht des Berichterstatters bei, dessen Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einer Entzählung angenommen wurde. Nachträglich erklärte noch der Regierungsvertreter, daß die D.O.B. im letzten Geschäftsjahr einen Überschuß von 600 000 Mark abgeworfen haben, die für ein Erholungsheim zugunsten der Kriegsbefähigten verwendet wurden. An den D.O.B. ist das Reich finanziell beteiligt.

Ein Gesuch von Viehbesitzern im Amtsbezirk Waldshut wegen Ersetzung des durch Maul- und Klauenseuche eingetretenen Schadens wurde durch Übergang zur Tagesordnung erledigt.

Längere Debatte rief wieder die Eingabe des Landesverbandes der Saal- und Konzentralinhaber, die Aufhebung des Erlasses des Ministeriums des Innern vom 26. Juli 1878, die Abhaltung von Tanzbelustigungen, hervor. Die Petenten wollen Aufhebung von Tanzverboten an gewissen Sonn- und Feiertagen. Der Berichterstatter beantragte Übergang zur Tagesordnung, welcher Antrag gegen die Sozialdemokraten angenommen wurde, nachdem letztere auf die wirtschaftliche Lage der Saalbesitzer hingewiesen haben und eine günstigere Behandlung des Gesuchs empfahlen.

Von Interesse war noch eine Eingabe bzw. Denkschrift des Verbandes deutscher Architekten und Ingenieurvereine wegen Entferrnung aller Hoheitszeichen, wobei die baukünstlerischen und geschichtlichen Werke erhalten bleiben sollen.

Der Berichterstatter erklärte hierzu, daß die Denkschrift den amtlichen Stellen das künstlerische Verhältniß abspende und bei Entfernungen künstlerische Sachverständige entscheiden müssen. Dabei betonte der Redner, daß auch unter den Künstlern verschiedene Meinungen über den Kunstwert der einzelnen Gegenstände vorhanden seien.

Im übrigen sei die Denkschrift dadurch erledigt, weil die Regierung durch einen Erlass vom Jahre 1919 den Wünschen Rechnung trage.

Nach längerer Debatte trat der Ausschuss mit großer Mehrheit in seiner Ansicht bei.

Der Ausschuss hat im übrigen nicht weniger wie 31 Gesuche erledigt.

Nichtstaltung. Im dem Bericht über die Siedlungsfrage in Baden, erhalten in der Samstagsnummer der „Karlsruher Zeitung“, steht im dritten Absatz bei den Bemerkungen des Regierungsbekretärs noch der Satz, daß zur Unterstützung der behördlichen Tätigkeit die Schaffung einer Siedlungsgesellschaft, ähnlich wie in Bayern, notwendig sei.

### Demokratischer Parteitag.

Die demokratische Partei Badens hielt in Würzburg einen Parteitag ab, auf dem Staatspräsident Hummel über die politische Lage in Baden sprach. Der Redner führte nach dem Bericht der „B. Fr.“ u. a. aus:

Wir wissen, daß fast in allen deutschen Ländern in der letzten Zeit eine gewisse Stimmung, um nicht zu sagen Verstimmung, gegen das Reich entstanden ist im Zusammenhang mit der Notwendigkeit für die Reichsregierung große wichtige Fragen der Wirtschaftspolitik und der inneren Politik zentralistisch von Berlin aus zu leiten. Die Diskussion über die Frage des Unitarismus oder Föderalismus ist in der letzten Zeit wieder entbrannt und es wird hingewiesen darauf, daß man auf dem Standpunkt stehen könnte, es sei notwendig, diese Frage einer grundsätzlichen Lösung entgegenzuführen. Ich glaube, ich darf für die badischen Politiker aller Richtungen, für alle Parteien und für das ganze Land sagen, daß wir auf dem Boden einer gebundenen föderalistischen Politik stehen, daß Baden aber niemals eine Politik mitmachen wird, die durch einen übertriebenen Partikularismus die innere Reichseinheit gefährdet. (Beif. Weif.) Auch wir in Baden haben manche Beschwerden gegen Berlin gehabt und haben sie noch wegen des Bestehens mancher Reichsstellen, die Kompetenzen der Länder vielleicht mehr aus Bequemlichkeit als aus hoher Absicht beiseite schieben. Wir haben gegen diese Vorgehensweise Stellung genommen. Die guten Beziehungen zum Reich und zur Reichsregierung sind in

Baden niemals gefährdet worden. Wir haben es als unsere Aufgabe betrachtet, in einem Augenblick, in dem der Reichsregierung die allerhöchsten Aufgaben bevorstehen, die je einer Regierung in der Weltgeschichte obgelegen sind, der Reichsregierung nicht allzu kritisch gegenüberzutreten. Wir auf dem süddeutschen Glacis des Deutschen Reiches empfinden es als eine ungeheure und nicht hoch genug einzuschätzende Wohltat, Bestandteil eines großen Staatengebildes zu sein, der es uns ermöglicht, nach größeren Gesichtspunkten arbeiten und leben zu können, als das in der Kleinstaaterei der Fall wäre. Gerade die politischen Ereignisse nach dem Krieg und nach dem Zusammenbruch haben nach der exponierten Lage unseres Landes zu einer Stärkung des Reichsgedankens in Baden geführt. Das Ziel unserer ganzen Politik muß die Aufrechterhaltung des Zusammenhangs mit dem Reich sein. Wenn das Reich auseinanderfallen sollte, was Gott verhüten möge, so würde gerade für Süddeutschland und Südbaden eine politische und wirtschaftliche Situation entstehen, die uns um mehr als 100 Jahre zurückwerfen würde. Jeder staatliche Auflösungsprozeß in Süddeutschland und Westdeutschland würde keinen anderen Erfolg haben als den einer Balkanisierung Mitteleuropas. Zu unserer Freude darf ich feststellen, daß auf allen Seiten der badischen Grenze für diese ungeheure Gefahr Verständnis vorhanden ist. Württemberg und Bayern stehen in nahen Beziehungen zur badischen Politik und zur badischen Wirtschaft. Die politischen Beziehungen zwischen Württemberg und Bayern und zwischen Baden sind immer herzlicher geworden; es ist möglich geworden, unter diesen Ländern eine Front der Verständigung über die wesentlichsten Fragen der inneren und auswärtigen Politik einzuhaken und zu fördern. Wir dürfen für Baden sagen, es hat eine starke Festigung des staatsrechtlichen Zustandes sich entwickelt. Das Ergebnis der Politik des letzten Jahres war aber auch eine Sicherung und ein Ausbau unserer kulturellen Erungenschaften, deren Erhaltung und Festigung der Deutschen Demokratischen Partei vor allem am Herzen liegen muß. Das Land Baden hat auch seine Aufgaben auf wirtschaftlichem Gebiet nicht vergessen. Die badische Wirtschaftspolitik hat durch die Finanzgriffnahme der großen Aufgaben auf dem Gebiete der Elektrizitätsversorgung gezeigt, daß sie gefonnen ist, die badische Wirtschaft zielbewußt zu fördern und hochzubringen. Ich bin Optimist genug um in dem, was ich gesagt habe, die Grundlage für eine ruhige und geblühende Weiterentwicklung zu finden.

Wie kommt es, daß die badische Politik eine solche Entwicklung genommen hat? Wir haben seit dem Zusammenbruch eine gerade Linie in unserer Politik festgehalten, wir haben unsere Arbeit auf ein bestimmtes positives Ziel gerichtet und verantwortungsvoll geführt.

In dieser Arbeit habe, so führte der Redner weiter aus, in erster Linie das Verdienst mit die deutsch-demokratische Partei in Baden, die sich durch nichts im Weitergehen auf der als richtig anerkannten Linie beirren lassen. Diese Tätigkeit in der badischen Politik sei vor allem möglich gewesen wegen der unerschütterlichen Stellung, die das Zentrum in den letzten Jahren in Baden eingenommen habe und fernerhin möglich gewesen, weil auch die Mehrheitssozialdemokratie in den letzten Jahren nicht wesentlich geschwächt worden sei, sie sei auch möglich geworden, weil diese beiden großen Parteien auch ihrerseits von der im November 1918 als richtig erkannten Politik nicht abgewichen seien und weil auch sie sich nicht hätten erschrecken lassen durch die Kritiken ihres rechten und ihres linken Flügels. Allerdings sei eine starke Schwächung des demokratischen Gedankens eingetreten.

Dr. Hummel besprach dann die Stellung der demokratischen Partei in Baden zu den übrigen Parteien und führte dazu etwa aus: „Man kann nicht sagen, daß wir mit dem Zentrum immer ohne Schwierigkeiten ausgekommen wären; es ist außerordentlich schwer, die Reibungen zu vermeiden, die zwischen dem Zentrum und uns naturnotwendig entstehen. Aber ich glaube, das Gebot der Stunde wird uns und das Zentrum dazu zwingen, sich mit dem Gegebenen zu begnügen. Von der Sozialdemokratie unterschieden wir uns in vielem aus der inneren Verfassung unserer Partei heraus. Jene eine Verhärtung des Verhältnisses zwischen der Sozialdemokratie und uns ist im letzten Jahre nicht festzustellen. Dagegen führt uns zu den Kommunisten im Badischen Landtag keine Linie. Die Kommunisten des Badischen Landtags sind so absolut negativ und destruktiv, daß an irgend eine Verständigung zwischen uns und ihnen auch nicht im entferntesten zu denken ist. Im Gegenteil! Ich sehe auf dem Standpunkt, daß unsere Stellungnahme dem Kommunismus gegenüber sich im letzten Jahre stark verändert hat. Wir haben in den letzten Jahren häufig von der Gefahr von Rechts und von Links gesprochen und haben sie als gleichartig eingeschätzt. Ich unterschätze die Gefahr nicht, die von Rechts möglich wäre, aber die größere Gefahr liegt heute auf der Seite des Kommunismus und diese Wendung in der Situation muß auch von einem gewissen Einfluß auf unsere Politik sein. Die drei Rechtsparteien sind mit geschwollenen Segeln in den letzten Landtagswahlkampf hineingezogen. Ich habe den Eindruck, als ob die Demokratische Nationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei doch recht stark enttäuscht aus diesem Wahlkampf hervorgegangen wären. Nicht enttäuscht wurde der Landbund; er hat die von ihm erwartete Ernte im wesentlichen zahlenmäßig eingeholt. Die Gruppe der Deutschen Volkspartei hat bei der Regierungsbildung für das Vertrauensvotum für die jetzige Regierung gestimmt. Wir sind bereit, die Konsequenzen aus dieser Stellungnahme der Volkspartei zu ziehen. Ich bin der Meinung, daß wir in diesem Jahr eine recht gute Politik gemacht haben. Im Badischen Landtag hat sich kein Raum für eine wirksame Opposition ergeben; es war nicht möglich, eine Opposition zu entfalten und zwar wegen der Qualität der geleisteten Politik. Trotz des unbefriedigenden Wahlergebnisses ist die politische Situation in Baden geklärt.“

Der Parteitag faßte folgende Entschlieung:

„Die Landesversammlung der Deutschen Demokratischen Partei in Baden dankt der Parteileitung, der Landtagsfraktion und ihrer Vertreter in der Regierung für ihre Tätigkeit und spricht ihnen volles Vertrauen aus.“

Die Landesversammlung bekennt sich in diesen schweren Tagen außerpolitischen Geschehens erneut zum Deutschen Reich, dessen Einheit auch weiterhin zu erhalten oberste Pflicht der Landes- und Reichspolitik sein muß.

Nur eine auf Ausgleich der wirtschaftlichen und auf Verjüngung der Klassengegenstände bedachte, national und sozial gerichtete Politik, die Katastrophen nach innen und außen vermeidet und sich bewußt auf den Boden des demokratischen Staates stellt, kann Volk und Vaterland einer besseren Zukunft entgegenführen. Die Landesversammlung erwartet, daß die Partei in Land und Reich auch fernerhin diesen Weg geht und ruft die Bevölkerung von Stadt und Land auf, alle politischen, konfessionellen und wirtschaftlichen Sonderinteressen hinter das eine große Ziel des Wiederaufbaues unseres gemeinsamen Vaterlandes zurückzustellen.

Die bedrängten Volksgenossen in den besetzten Gebieten, insbesondere auch in Stadt- und Landbezirk Rehl, das deutsche Grenzgebiet und die Stammesländer jenseits der Reichsgrenzen grüßt die Landesversammlung und dankt ihnen für ihre würdige Haltung.“

**Vortsetzung des Zentral-Handels-Registers.**

**Mannheim.** R.394  
Zum Handelsregister B Band XXI O.-Z. 42 wurde heute die Firma „Flugzeugbau Richard Dietrich, Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Mannheim eingetragen. Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist am 19. April 1922 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung u. der Handel mit Gegenständen der Holz- und Metallbearbeitungsindustrie, insbesondere von Luftfahrzeugen und Fahrzeugzubehör aller Art sowie von Möbeln und Werkzeugen, ferner die Beteiligung an solchen und ähnlichen Unternehmungen u. der Erwerb, Verwertung und Vergebung von dinglichen Schutzrechten und Lizenzen. Die Gesellschaft kann Zweigniederlassungen errichten und die Vertretung gleichartiger Unternehmungen übernehmen. Das Stammkapital beträgt 120 000 Mark. Richard Dietrich, Ingenieur, Mannheim, ist Geschäftsführer. Richard Dietrich Ehefrau, Käthe geb. Müller, ist Prokura erhalt. Die Gesellschaft ist auf die Dauer von drei Jahren, und zwar bis 30. April 1925, geschlossen. Wird nicht mindestens sechs Monate vor Ablauf dieser Frist, also vor dem 1. Oktober 1924, von der Versammlung der Gesellschaft ordnungsmäßig nach Maßgabe des Gesetzes beschlossen, daß die Gesellschaft aufgelöst werden soll, so soll dieselbe auf weitere drei Jahre fortbestehen und so fort, wenn nicht mindestens sechs Monate vor Ablauf jeweils der drei Jahre von der Gesellschaftsversammlung beschlossen wird, daß die Gesellschaft aufgelöst werden soll. Die Gesellschaft wird, wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind, durch mindestens zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer mit einem Prokuristen vertreten. Der Geschäftsführer Ingenieur Richard Dietrich in Mannheim bringt die in dem dem Gesellschaftsvertrag angehängten Verzeichnis einzeln aufgeführten Gegenstände, als Werkzeug, Werkzeugmaschinen, Rohfabrikate und Bestandteile seiner Büroeinrichtung, zu den beigesetzten Werten im Gesamtbetrage von M. 60 000 in Anrechnung auf seine Stammeinlage in die Gesellschaft ein. Die Gesellschaft übernimmt dieses Sachverbringen zu dem bezeichneten Werte. Alle Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. Mannheim, 8. Mai 1922. **Bad. Amtsgericht B.G. 4.**

**Mannheim.** R.395  
Zum Handelsregister B Band XIV O.-Z. 41 wurde heute die Firma „Ph. Deitreich & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Mannheim eingetragen. Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist am 22. März 1922 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist der Holz- und Metallhandel. Zu diesem Zwecke wird die Gesellschaft des

ter der Firma Ph. Deitreich, Holzgroßhandlung in Lörrach mit Zweigniederlassungen in Mannheim, Offenburg, Heilbronn u. Basel erwerben. Das Stammkapital beträgt 250 000 M. Franz Büstenhoyer, Generaldirektor, Essen, Albert Vogel, Mannheim, Rudolf Oestreich, Offenburg, sind Geschäftsführer. Jeder Geschäftsführer ist zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Alle Bekanntmachungen der Gesellschaft, welche nach den gesetzlichen Vorschriften in öffentlichen Blättern zu veröffentlichen sind, erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger. Mannheim, 5. Mai 1922. **Bad. Amtsgericht B.G. 4.**

**Mannheim.** R.397  
Zum Handelsregister B Band XXI O.-Z. 41 wurde heute die Firma „Duka, Waren- & Handels-Ges. mit beschränkter Haftung“ in Mannheim eingetragen. Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist am 22. April 1922 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Handelsgeschäften, insbesondere der Handel in patentierten Neuheiten, Bijouteriewaren, Baumaterialien, Kolonialwaren, Wein und Spirituosen. Das Stammkapital beträgt M. 20 000. Heinrich Rajen, Kaufmann, Mannheim, Ludwig Guttaus, Kaufmann, Mannheim, sind Geschäftsführer. Die Gesellschaft wird, wenn mehrere ordentliche oder stellvertretende Geschäftsführer bestellt sind, durch mindestens zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. Mannheim, 5. Mai 1922. **Bad. Amtsgericht B.G. 4.**

**Mannheim.** R.398  
Zum Handelsregister A wurde heute eingetragen: 1. Band III O.-Z. 178 Firma „Hilfstadt & Mayer“, Mannheim: Heinrich Terbeck, Mannheim, ist als Gesamtprokurist bestellt, daß er mit einem anderen Prokuristen die Firma zu zeichnen berechtigt ist. 2. Band IV O.-Z. 60 Firma „Max Straus“, Mannheim: Das Geschäft ist samt der Firma von Max Straus auf Hermann Monat, Kaufmann, übergegangen, der es als alleiniger Inhaber unter der bisherigen Firma weiterführt. Der Übergang der in der Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten ist bei dem Erwerbe des Geschäfts durch Kaufmann Hermann Monat abgeschlossen. Max Straus, Kaufmann, Mannheim, ist Prokura erhalt. 3. Band IV O.-Z. 72 Firma „Dreifuß & Sohn“, Mannheim: Kaufmann Sigmund Girsch, Mannheim, ist als persönlich haftender Gesellschafter in die Gesellschaft eingetreten. 4. Band VII O.-Z. 213 Firma „Heinrich Schapfner“, Mannheim: Wilhelm Deming und Hermann Embacher, beide in Mannheim, sind als Gesamtprokuristen bestellt. Die Prokura des Albert Wolff, Mannheim, ist in eine Gesamtprokura umgewandelt. Je zwei der Prokuristen sind zur Zeichnung der Firma berechtigt. 5. Band VIII O.-Z. 99 Firma „Hermann Rumpf“, Mannheim: Die Firma ist erloschen. 6. Band XIV O.-Z. 90 Firma „B. Steuermann & Cie.“, Mannheim: Hu-

go Kälbermann ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. Kaufmann Albert Kälbermann, Mannheim, ist in die Gesellschaft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. 7. Band XVIII O.-Z. 156 Firma „Chemische Fabrik Leo Eisenbaum“, Mannheim: Georg Fuchs, Ludwigsbafen a. Rh., ist als Prokurist bestellt. 8. Band XVIII O.-Z. 201, Firma „Wolf Gahn-Franz“, Mannheim: Die Firma ist erloschen. 9. Band XIX O.-Z. 13, Firma „Gebrüder Meiser“, Mannheim: Moritz Major Ehefrau, Hermine geborene Kern, Mannheim, ist Prokura erhalt. 10. Band XXI O.-Z. 38 Firma „Ludwig Hinkel“, Mannheim: Die Prokura des Ludwig Hinkel ist erloschen. 11. Band XXII O.-Z. 106, Firma „Richard Dietrich Flugzeugbau“, Mannheim: Die Firma ist erloschen. 12. Band XXIII O.-Z. 58 Firma „Alfons Mayer“, Mannheim-Waldhof: Inhaber ist: Alfons Mayer, Kaufmann, in Mannheim-Waldhof. Mannheim, 6. Mai 1922. **Bad. Amtsgericht B.G. 4.**

**Mannheim.** R.464  
Zum Handelsregister B Band XIV O.-Z. 36, Firma „Anionwerke, Aktiengesellschaft, Maschinenfabrik“ in Mannheim wurde heute eingetragen: Die Generalversammlung vom 29. März 1922 hat die Erhöhung des Grundkapitals um 1 000 000 M. beschlossen. Diese Erhöhung ist durchgeführt. Das Grundkapital beträgt jetzt Mark 11 000 000. Der Gesellschaftsvertrag ist durch den Beschluß der Generalversammlung vom 29. März 1922 in den §§ 3 (Grundkapital) 5 (Gewinnbeteiligung) 18 (Stimmrecht), 25 (Reingehalt), 7 (Vorstand) geändert; § 15 des Gesellschaftsvertrages ist aufgehoben. Auf die eingereichte Urkunde wird Bezug genommen. Auf das erhöhte Grundkapital werden 1000 Stück auf den Namen lautende Vorzugsaktien zu je 1000 M. zum Nennwert ausgegeben. Die Vorzugsaktien haben vordere Stammaktien Anspruch auf eine Dividende bis zu 6%. Wird in einem Jahre dieser Prozentsatz nicht erreicht, so ist er aus dem Gewinne der nächsten Jahre zu ergänzen. Das Recht auf Nachzahlung faltet an dem Dividendenbezug des Jahres, aus dessen Erträgnis die Nachzahlung erfolgt. Wird in einem Geschäftsjahre auf die Stammaktien eine Dividende von mehr als 10% verteilt, so erhalten die Vorzugsaktien für je 1%, der auf die Stammaktien entfallenden Dividende über 10%, eine weitere Dividende von 1/2%; jedoch erhalten die Vorzugsaktien in keinem Falle mehr als 10%. Im Falle der Liquidation gehen die Vorzugsaktien bis zur Höhe des darauf einbezahlten Kapitals den Stammaktien vor. Darüber hinausgehende Ansprüche stehen den Vorzugsaktien nicht zu. Die Vorzugsaktien gewahren in den in den §§ 3 und 18 des Gesellschaftsvertrages näher bezeichneten Fällen zehn Stimmen. Der Vorstand besteht aus einem oder mehreren Mitgliedern, die Bestimmung der Zahl derselben und die Bestellung liegt dem Vorstände des Aufsichtsrats ob. Mannheim, 5. Mai 1922. **Badisches Amtsgericht B.G. 4.**

**Mannheim.** R.465  
Zum Handelsregister B Band XVIII O.-Z. 47, Firma „Georg Meß & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Mannheim wurde heute eingetragen: Durch Gesellschaftsbeschuß vom 28. April 1922 ist die Gesellschaft aufgelöst. Der bisherige Geschäftsführer Kaufmann Heinrich

Diebner in Mannheim ist als alleiniger Liquidator bestellt. Mannheim, 8. Mai 1922. **Badisches Amtsgericht B.G. 4.**

**Mannheim.** R.466  
Zum Handelsregister B Band XXI O.-Z. 43 wurde heute die Firma „Kloppschäfers Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Mannheim, D. 1. 7/8, eingetragen. Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist am 24. März 1922 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb der mit dem Reich-deutschen Lloyd Aktiengesellschaft in Bremen im Zusammenhang stehenden Reisegeäfte, ferner auch der Betrieb aller zu einem Reisebüro gehörenden Geschäfte, insbesondere der Verkauf von Eisenbahnsfahrkarten, Vorbereitung von Beförderungsverträgen für Seereisen, Veranstaltungen für Gesellschaftsreisen, Luftverkehr, Geldwechsel und Speditionsgeschäfte sowie die Übernahme aller mit den bezeichneten Geschäftszweigen im Zusammenhang stehenden Geschäfte. Das Stammkapital beträgt M. 20 000. J. C. Ehardt, Kaufmann, Mannheim, ist Geschäftsführer. Die Gesellschaft wird, wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind, durch mindestens zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen vertreten. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger. Mannheim, 9. Mai 1922. **Badisches Amtsgericht B.G. 4.**

**Mosbach.** R.490a  
Zum Handelsregister B wurde bei der Firma Badische Motor- & Lokomotivwerke, Aktiengesellschaft in Mosbach eingetragen: Die außerordentliche Generalversammlung vom 19. Januar 1922 hat die Erhöhung des Grundkapitals um 2 Mill. Mark, bestehend aus 2000 Vorzugsaktien zu je 1000 M. mit zehnfachem Stimmrecht beschlossen. Die Erhöhung ist erfolgt. Das Grundkapital beträgt jetzt 22 Millionen Mark. Auch die neuen Aktien sind zum Nennwert ausgegeben u. übernommen und lauten auf den Inhaber. Kaufmann Eugen Frech in Mosbach ist als weiteres Vorstandsmitglied bestellt. Graf Otto von Quadt, Kaufmann in Berlin, ist als Delegierter des Aufsichtsrates in den Vorstand gewählt. Mosbach, 22. April 1922. **Bad. Amtsgericht.**

**Pforzheim.** R.562  
Handelsregistereintrag. Firma Allgemeine Gold- & Silberverfeineranstalt in Pforzheim. Durch Beschluß der Generalversammlung vom 29. März 1922 wurde der Gesellschaftsvertrag in den §§ 2, 13 bis 20, 24, 28 bis 32 abgeändert. Die Gesellschaft kann sich auch an anderen Unternehmungen in irgendeiner Form beteiligen. Sie ist auch berechtigt, Zweigniederlassungen und Verkaufsstellen zu errichten. Beim Vorhandensein mehrerer Mitglieder des Vorstands vertreten diese zusammen oder ein Mitglied gemeinsamlich mit einem Prokuristen die Gesellschaft. Auch kann der Aufsichtsratsvorsitzende, bezw. sein Stellvertreter in Gemeinschaft mit einem weiteren vom Aufsichtsrat zu bestimmenden Aufsichtsratsmitglied einzelne Vorstandsmitglieder zur alleinigen Vertretung der Gesellschaft ermächtigen. **Amtsgericht Pforzheim.**

**Radolfzell.** R.433  
Zum Handelsregister B O.-Z. 32 ist bei der Firma Süddeutsche Discontogesellschaft N.G. - Filiale Singen, Hauptniederlassung in

Mannheim - eingetragen: Dem Karl Ebel in Singen ist Prokura erteilt mit der Maßgabe, daß er gemeinsam mit einem Mitglied des Vorstands, einem stellvertretenden Mitglied des Vorstands oder einem Prokuristen zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt ist. Die Prokura ist auf die Filiale Singen beschränkt. Die Prokura des Edwin Basmer ist erloschen. Radolfzell, 12. Mai 1922. **Bad. Amtsgericht I.**

**Radolfzell.** R.434  
Zum Handelsregister A Band I O.-Z. 243 ist bei der Firma Koberer & Sog, Möbelfabrik in Gottmadingen, eingetragen: Die Gesellschaft ist aufgelöst und die Firma erloschen. Radolfzell, 15. Mai 1922. **Bad. Amtsgericht I.**

**Radolfzell.** R.480  
Zum Handelsregister A Band I O.-Z. 41 ist bei der Firma Karl Fischer, Singen, eingetragen: Das Geschäft ist infolge Todes des bisherigen Inhabers Karl Fischer ohne Firmenänderung auf dessen Witwe Anna Fischer geb. Stadelhofer in Singen übergegangen. Radolfzell, 16. Mai 1922. **Bad. Amtsgericht I.**

**Radolfzell.** R.491  
Zum Handelsregister A Band II ist zu O.-Z. 78 eingetragen die Firma: Durin Joss, Holzhandlung in Radolfzell und als deren Inhaber: Kaufmann Durin Joss in Radolfzell. Radolfzell, 18. Mai 1922. **Bad. Amtsgericht I.**

**Rastatt.** R.418  
In das Handelsregister wurde heute zur Firma Metz-Nähr-Futtermittel-Fabrik Dr. Ma-Gs. Inhaber: Peter Eiert, Rastatt eingetragen: Die Firma ist erloschen. Rastatt, 15. Mai 1922. **Amtsgericht.**

**Rastatt.** R.419  
In das Handelsregister wurde heute eingetragen die Firma Otto Mayer in Rastatt. Inhaber Otto Mayer in Rastatt. Geschäftszweig: Sattler-, Tapezier- und Lederwarengeschäft. Rastatt, 15. Mai 1922. **Amtsgericht.**

**Rastatt.** R.420  
In das Handelsregister B wurde heute zur Firma Wagner u. Cie., G. m. b. H. in Gaggenau eingetragen: Die Vertretungsbefugnis der Geschäftsführer Stefan Wlach, Karlsruhe u. Eugen Haberer, Gaggenau ist beendet. Durch Gesellschaftsbeschuß vom 5./9. Mai 1922 ist die Gesellschaft aufgelöst und Kaufmann J. Heinrich Vetter, Karlsruhe als alleiniger Liquidator bestellt worden. Die Liquidation erfolgt ab 5. Mai 1922. Rastatt, 15. Mai 1922. **Amtsgericht.**

**Rastatt.** R.492  
In das Handelsregister A wurde heute zur Firma Gustav Moritz in Rastatt eingetragen: Die bisherige Inhaberin hat das Geschäft auf ihre beiden Söhne Albert und Fritz Moritz übertragen. Die bisherige Einzelfirma ist jetzt eine offene Handelsgesellschaft und hat am 1. April 1921 begonnen. Persönlich haftende Gesellschafter sind Albert und Fritz Moritz, beide in Rastatt. Rastatt, 17. Mai 1922. **Amtsgericht.**

**Säckingen.** R.421  
In unser Handelsregister Nr. B ist heute unter Nr. 50 eingetragen worden: Verberich & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Säckingen. Der Gesellschaftsvertrag ist am 6. Mai 1922 abgeschlossen. Gegenstand des Unternehmens bildet die Herstellung und das Veredeln von Textilwaren aller Art, sowie der Handel mit solchen. Die Gesellschaft kann gleiche oder ähnliche Unternehmungen erwerben und sich an solchen beteiligen. Sie kann Zweigniederlassungen im In- und Auslande errichten. Das Stammkapital beträgt 1 800 000 Mark. Die Geschäftsführer sind Dr. Theodor Verberich, Dr. Franz Verberich u. Adolf Verberich. Die von der Gesellschaft ausgehenden Bekanntmachungen erfolgen im deutschen Reichsanzeiger. Säckingen, 12. Mai 1922. **Bad. Amtsgericht.**

**Säckingen.** R.451  
In das Handelsregister B O.-Z. 47 die Firma Säge- u. Holzhandlung, G. m. b. H. in Säckingen betr. wurde heute eingetragen: Durch Beschluß der Generalversammlung vom 24. März 1922 wurde der Gesellschaftsvertrag vom 1. April 1920 geändert. Das Stammkapital ist auf 90 000 Mark erhöht. Buchhalter Franz Engelbrecht in Steinen bei Lörrach wurde zum weiteren Geschäftsführer bestellt. Jeder Geschäftsführer ist allein zur Vertretung der Gesellschaft befugt. Säckingen, 13. Mai 1922. **Bad. Amtsgericht.**

**Säckingen u. W.** R.452  
Handelsregistereintrag A Band I unter O.-Z. 280: Firma Max Krümlin in Zell. Inhaber: Max Krümlin, Vademeyer in Zell i. W. Erwerbszweig: Handel mit Landesprodukten. Säckingen u. W., 12. Mai 1922. **Amtsgericht.**

**Säckingen.** R.455  
Handelsregistereintrag Abt. A Band III zu O.-Z. 31: Philipp Brömmel in Neulohheim, O.-Z. 33: Heinrich Wagner in Neulohheim, O.-Z. 38: Hermann Marter in Hohenheim, jeweils: Die Firma ist erloschen. Unter O.-Z. 100: Josef Bauer in Säckingen. Inhaber ist: Josef Bauer, Kaufmann in Säckingen. (Zig-Fabrik). Band II zu O.-Z. 189: Bauer & Kraus in Säckingen. Die Gesellschaft ist aufgelöst, die Firma ist erloschen. Säckingen, 16. Mai 1922. **Amtsgericht 2.**

**Säckingen.** R.436  
Handelsregistereintrag Abt. B Band I zu O.-Z. 7: Fandler-Werke H. G. Schwellingen. Dem Fabrikdirektor Gottfried Hafenkamp in Schwellingen und dem Kaufmann August Mischler in Schwellingen ist Gesamtprokura erteilt, daß jeder berechtigt ist, gemeinsamlich mit dem Vorstand oder mit einem anderen Prokuristen das Geschäft zu vertreten und die Firma zu zeichnen. Schwellingen, 16. Mai 1922. **Amtsgericht 2.**

**Sinsheim.** R.481  
Handelsregistereintrag A Bd. I O.-Z. 152 (Firma Rothenshöfer, Mann & Cie., Rappenaun): Wilhelm Mann ist durch Tod aus der Gesellschaft ausgeschlossen. Die bisherige Firma wird mit Einwilligung von dessen Erbin fortgeführt. Sinsheim, 19. Mai 1922. **Gerichtspräsident des Amtsgerichts.**

**Trübingen.** R.459  
Handelsregistereintrag A Bd. II O.-Z. 70: Erwin Schuler, Lebensmittel- & Delikatessen in Furtwangen. Inhaber ist: Erwin Schuler, Kaufmann in Furtwangen. Trübingen, 13. Mai 1922. **Der Gerichtspräsident des Amtsgerichts.**

**Weinheim.** R.437  
Zum Handelsregister A Bd. II wurde eingetragen: 1. O.-Z. 9 zur Firma „Heinrich Kasper“ in Weinheim: Das Geschäft ist ohne die im Betriebe des selben begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten auf Hotelbesitzer Paul Opel in Weinheim übergegangen, der solches unter Firma „Paul Opel“ weiterbetreibt. 2. O.-Z. 58: Die offene Handelsgesellschaft in Firma „Kassel & Marx“ in Weinheim. Persönlich haftende Gesellschafter sind die Kaufleute Theodor Kassel und Max Marx in Rimbsach i. O. Die Gesellschaft hat am 10. September 1919 begonnen. Der Theodor Kassel Ehefrau Berta geb. Marx in Rimbsach i. O. ist Einzelprocur

eriert. Geschäftszweig: Lederhandlung und Handlung mit Schuhmacherebedarfsartikeln. Weinheim, 16. Mai 1922. **Amtsgericht I.**

**Genossenschafts-Register.**  
Durlach. Genossenschaftsregister. Eingetragen am 13. Mai 1922 zu: Landwirtschaftlicher Konsum- und Verbrauchervereinigung e. G. m. u. H. Sitz: Königshausen. Wilhelm Bräuer, Adam Schwarz, Wilhelm Kratt u. Heinrich Haug sind aus dem Vorstand ausgeschieden; an ihre Stelle wurden Karl Bräuer, August Neumann, Luise Egermann geb. Schäfer, Wilhelm Schiele, alle Landwirte in Königshausen, gewählt. **Amtsgericht.** R.385

**Eberbach.** R.311  
Unter O.-Z. 24 des Genossenschaftsregisters wurde in unser Genossenschaftsregister eingetragen: Landwirtschaftliche Ein- u. Verbrauchergenossenschaft Moosbrunn, Amt Eberbach, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz zu Moosbrunn, Amt Eberbach. Gegenstand des Unternehmens ist: 1. Gemeinlichlicher Einkauf von Verbrauchsstoffen und Gegenständen des landwirtschaftlichen Betriebs. 2. Gemeinlichlicher Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Haftsumme M. 500. Höchste Zahl der Geschäftsanteile: 10. Vorstandsmitglieder sind: Wilhelm Heß, Bürgermeister (Direktor), Karl Wefel, Landwirt (Rechner), Heinrich Hoffmann, Landwirt (Stellvertreter des Direktors), Philipp Wöhrich, Landwirt, alle in Moosbrunn. Statu: vom 23. April 1922. Die von der Genossenschaft ausgehenden öffentlichen Bekanntmachungen erfolgen unter der Firma der Genossenschaft, gezeichnet von zwei Vorstandsmitgliedern. Sie sind im „Badischen landwirtschaftlichen Genossenschaftsblatt“ zu Karlsruhe aufzunehmen. Die Bilanzserklärung und Zeichnung für die Genossenschaft muß durch zwei Vorstandsmitglieder erfolgen, wenn sie Dritten gegenüber Rechtsverbindlichkeit haben soll. Die Zeichnung geschieht in der Weise, daß die Zeichnenden von der Firma der Genossenschaft ihre Namensunterschrift beifügen. Die Einricht der Liste der Genossen ist während der Dienststunden des Gerichts jedem gestattet. Eberbach, 8. Mai 1922. **Amtsgericht.**

**Konstanz.** R.443  
Genossenschaftsregister O.-Z. 31, Oberbadische Metzgergenossenschaft e. G. m. b. H. in Konstanz: Höchste Zahl der Geschäftsanteile 30. Metzgermeister Karl Sauter ist aus dem Vorstand ausgeschieden. Metzgermeister Johann Seibler in Konstanz ist in den Vorstand gewählt. Konstanz, 13. Mai 1922. **Bad. Amtsgericht I.**

**Säckingen.** R.497  
Zum Genossenschaftsregister O.-Z. 15 die Konsumgenossenschaft Bad. Rheinfelden e. G. m. b. H. in Bad. Rheinfelden wurde heute eingetragen: Adolf Gantert ist aus dem Vorstand ausgeschieden, Buchhalter Fritz Gantert in Bad. Rheinfelden ist in den Vorstand gewählt. Säckingen, 17. Mai 1922. **Bad. Amtsgericht.**

**Bereins-Register.**  
Mosbach. R.496  
Zum Vereinsregister O.-Z. 20 wurde eingetragen: „Freiwertler Mosbach“ in Mosbach, 27. April 1922. **Bad. Amtsgericht.**